

T a g e s o r d n u n g s p u n k t 6
der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des
Ortsbezirkes Wiesbaden-Naurod
am 10.12.2003

Umstrukturierung der Ortsverwaltungen
- Stellungnahme zum Feinkonzept -

1. Antrag der SPD-Fraktion

Der Ortsbeirat stimmt dem **Feinkonzept nicht zu**. Eine Verkürzung der **Öffnungszeiten** und eine Verminderung des derzeitigen **Leistungsangebotes** machen das Serviceangebot nachhaltig unattraktiv. Der Ortsbeirat bestreitet auch, dass durch die Verminderung der Öffnungszeiten ein Einsparpotential erschlossen wird.

Der Versuch des Magistrats, die Wirksamkeit des Eingliederungsvertrags in Frage zu stellen, weist der Ortsbeirat nachdrücklich zurück.

Das Rechtsamt kommt in seiner Stellungnahme vom 06.11.2003 zu der Feststellung, dass die nach dem Eingliederungsvertrag erforderliche Zustimmung des Ortsbeirates unbeachtlich sei, wenn im Rahmen der Erörterung der Maßnahmen Gegenvorschläge nicht erfolgten. Der Ortsbeirat hält diese Begründung schon im Ansatz für unhaltbar. Dessen ungeachtet wird folgender „Gegenvorschlag“ vorgetragen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. anstelle der Kürzungen bei Öffnungszeiten und Leistungen der Ortsverwaltung die zu Beginn der Legislaturperiode vermehrte Zahl der Dezernate um zwei zu verkleinern,
2. das Büro des Oberbürgermeisters um zwei Stellen abzubauen.

2. Antrag der CDU-Fraktion

„Der Ortsbeirat Wiesbaden-Naurod ist sich der schwierigen Finanzsituation der Landeshauptstadt Wiesbaden bewusst. Es wird zur Kenntnis genommen, dass Einsparungen in verschiedenen Bereichen unumgänglich sind.

Der Ortsbeirat hat daher dem Grobkonzept zur Umstrukturierung der Ortsverwaltungen grundsätzlich zugestimmt und eine sehr differenzierte Stellungnahme abgegeben. Die Forderungen nach einer Ausweitung der Öffnungszeiten gegenüber dem Grobkonzept um zwei Stunden sowie nach einer qualifizierten Rentenberatung in Naurod an zwei Tagen pro Monat sind Kompromissvorschläge und als Entgegenkommen des Ortsbeirates anzusehen.

Daher bleibt der Ortsbeirat bei diesen Forderungen und erwartet in diesen Punkten auch seitens der Stadt ein Entgegenkommen.

Die Ergebnisse der rechtlichen Prüfung der Vereinbarkeit mit den Eingliederungsverträgen hat der Ortsbeirat mit Verwunderung zur Kenntnis genommen und teilt sie nicht. Die Einschätzung, dass die derzeitige schwierige Finanzsituation eine andere Rechtslage herbeiführt, erscheint dem Ortsbeirat abenteuerlich.“

Beschluss Nr. 0035

Dem Antrag der CDU-Fraktion (og. zu 2) wird zugestimmt.

+

+

Verteiler:

Dezernat I/10
z.d.V.

Nickel
Ortsvorsteher